



Kriminalisierung der indigenen Führerin Yuna Miriam Tembê Nunes und Eskalation der Gewalt gegen indigene Völker, Quilombolas und Flussuferbewohner im Acará-Tal (PA)

Die indigene Führerin **Miriam Tembê Nunes (Yuna Miriam Tembê)**, Anführerin des Volkes der Tembê Tenetehar und des indigenen Territoriums I'ixing im Acará-Tal (Pará), ist zu einem der wichtigsten Symbole des indigenen Widerstands gegen die Ausweitung der Palmöl-Monokultur im östlichen Amazonasgebiet geworden.

Nachdem sie jahrelang Landbesetzungen, Morddrohungen, das Vorgehen bewaffneter Gruppen, Gewalt gegen traditionelle Gemeinschaften und Menschenrechtsverletzungen denunziert hat, sieht sich die Anführerin nun fortlaufenden Kriminalisierungsprozessen, Verhaftungen, gerichtlichen Auflagen und institutioneller Verfolgung ausgesetzt.

Im September 2026 tauchte ihr Name erneut unter den Adressaten von durch das Gericht von Pará verhängten Sicherungsmaßnahmen auf, darunter elektronische Überwachung mittels einer Fußfessel, obwohl öffentliche Erklärungen und Zeugenaussagen darauf hindeuten, dass sie an den untersuchten Vorfällen nicht beteiligt war.

Der Fall wird von indigenen Organisationen und Menschenrechtsverteidigern als Teil eines umfassenderen Prozesses der Kriminalisierung von Führungspersonen angesehen, die sich für den Schutz traditioneller Gebiete im Acará-Tal einsetzen.

WER IST YUNA MIRIAM TAMBÊ NUNES

Yuna Miriam Tembê Nunes ist Oberhäuptling des indigenen Territoriums I'ixing und Vorsitzende der Indigenenvereinigung Tembê des Acará-Tals (AITVA).

Ihr Engagement konzentriert sich auf:

- Territorialen Schutz;
- Schutz der indigenen Rechte;
- Anzeige von Landbesetzungen und Landraub;
- Umweltschutz;
- Schutz indigener Frauen, Kinder und Jugendlicher;
- Stärkung der kommunalen Autonomie.



In den letzten Jahren hat sich die Organisation zu einer der wichtigsten Stimmen gegen die Auswirkungen der Ausweitung der Palmöl-Monokultur auf die Gebiete der indigenen Völker, Quilombolas und Flusssanrainer in der Region entwickelt.

DER KONTEXT: Die Ausweitung des Palmölanbaus im Acará-Tal, Landbesetzungen, Umweltverschmutzung und Verfolgung indigener, Flusssufer- und Quilombola-Führungspersönlichkeiten

Das Acará-Tal im Nordosten von Pará beherbergt eines der größten Anbau- und Produktionsgebiete für Palmöl in Brasilien.

Seit den 2000er Jahren beklagen indigene Gemeinschaften, Quilombolas und Flusssanrainer Folgendes:

- Aneignung traditioneller Gebiete;
- Abholzung;
- Umweltverschmutzung;
- Gewalt im Zusammenhang mit Landbesitz;
- Einsätze bewaffneter privater Sicherheitskräfte;
- Drohungen gegen Gemeindevorsteher.

In den Tembé-Gebieten, wie beispielsweise im indigenen Gebiet I'ixing, haben sich die Konflikte verschärft, nachdem traditionell besiedelte Gebiete besetzt und anschließend in Palmölplantagen umgewandelt wurden.

VORGESCHICHTE VON BEDROHUNGEN UND GEWALT

Seit 2023 denunziert Miriam Tembé Folgendes:

- Eindringungen in das indigene Gebiet I'ixing;
- Morddrohungen;
- Anwesenheit bewaffneter Männer (Milizionäre und Auftragskiller);
- Einschüchterungsversuche gegen Führungskräfte;
- ständige Gefahren für die Sicherheit der in ihrem Gebiet lebenden Familien.

Zahlreiche Anzeigen wurden an folgende Stellen weitergeleitet:

- Bundesstaatsanwaltschaft (MPF);
- Nationale Stiftung für indigene Völker (FUNAI);



-
- Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern (PPDDH);
 - den staatlichen Sicherheitsbehörden;
 - Bundespolizei;
 - Nationale Menschenrechtskommission (CNDH);
 - Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern (PPDDH);

Dennoch gibt die Gemeinschaft an, keinen Schutz erhalten zu haben, der dem Ausmaß der bestehenden Gefahr angemessen ist.

DIE INHAFTIERUNG IM JAHR 2024

Im Januar 2024 wurde Miriam Tembé in Untersuchungshaft genommen.

Der Vorfall ereignete sich vor dem Hintergrund eines heftigen Territorialkonflikts, bei dem wirtschaftliche Interessen in der Region eine Rolle spielten.

Die Festnahme löste große Resonanz aus bei:

- indigenen Organisationen;
- Menschenrechtsorganisationen;
- Forschern;
- Organisationen der Zivilgesellschaft.

Nach ihrer Festnahme wurde Miriam daran gehindert, in ihr Gebiet zurückzukehren und Aufgaben im Zusammenhang mit ihrem Amt als Stammesführerin wahrzunehmen.

Später hat die Bundesstaatsanwaltschaft die gegen die Anführerin verhängten Maßnahmen gerichtlich angefochten und machte geltend, dass eine Verletzung der kollektiven Rechte der indigenen Bevölkerung sowie ein unzulässiger Eingriff in die soziale Organisation des Volkes der Tembé vorliege. Die Beschränkungen wurden schließlich aufgehoben.

DER FALL DER ELEKTRONISCHEN FUSSFESSELN

Im September 2026 wies das Gericht von Pará einen Antrag auf Untersuchungshaft gegen indigene Führungskräfte der Gebiete Turiwara und I'ixing zurück, verhängte jedoch Vorsichtsmaßnahmen, die als streng angesehen wurden.

Dazu gehörten:

- Obligatorisches Tragen einer elektronischen Fußfessel;
- Kontaktverbot zu Mitarbeitern des Unternehmens STIVE Segurança & Vigilância;
- Mindestabstand von 500 Metern;
- Bewegungsbeschränkungen.



Die Entscheidung betraf vier indigene Führungspersönlichkeiten, darunter Miriam Tembé.

DER HAUPTSTREITPUNKT

Der Hauptstreitpunkt in diesem Fall ist, dass Miriam Tembé behauptet, nicht an den untersuchten Vorfällen beteiligt gewesen zu sein.

Nach Angaben der Anführerin befand sie sich im I'ixing-Gebiet, wo sie gemeinschaftliche Aktivitäten durchführte, als sich der Vorfall ereignete, der Anlass für die Ermittlungen war.

Diese Darstellung wird von dem Forscher **Elielson Silva** von der Bundesuniversität für Landwirtschaft in Amazonien (UFRA) bestätigt, der die Ereignisse mitverfolgt hat.

Ihm zufolge:

„Es sei betont, dass weder die Stammesführerin Miriam Tembé noch Indigene aus dem Gebiet der I'ixing bei dieser konkreten Veranstaltung anwesend waren. Daher entbehrt die Anschuldigung des Unternehmens Stive Segurança Ltda jeglicher Grundlage und faktischer Kohärenz“, erklärte der Forscher in einem am 18. September in [„O Varadouro“](#) veröffentlichten Artikel.

Diese Erklärung wurde zu einem der wichtigsten Argumente von Organisationen, die die Einbeziehung der Anführerin in die Liste der von den einstweiligen Verfügungen Betroffenen in Frage stellen.

VORWÜRFE DER KRIMINALISIERUNG

Indigene Gemeinschaften und Menschenrechtsorganisationen behaupten, dass der Fall Merkmale einer Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidigern aufweise.

Zu den angeführten Punkten gehören:

- Eine frühere Inhaftierung, die später von der Bundesstaatsanwaltschaft (MPF) angefochten wurde;
- Einbeziehung in Ermittlungen im Zusammenhang mit Sachverhalten, bei denen die Beteiligung bestritten wird;
- Einschränkungen bei der Ausübung von Führungsaufgaben;
- ein Kontext früherer Drohungen gegen die Gemeinschaft;
- Eine Reihe von Anzeigen, auf die der Staat nicht wirksam reagiert hat.



BESCHWERDEN ÜBER PRIVATE SICHERHEITSDIENSTE UND ÖFFENTLICHE AMTSTRÄGER

Der Bericht der Zeitung „O Varadouro“ fasst zudem Beschwerden lokaler Führungspersonen zusammen zu folgenden Themen:

- Anwesenheit bewaffneter Sicherheitskräfte in indigenen Gebieten;
- Einsatz von Drohnen zur Überwachung der Gemeinden;
- die mutmaßliche Beteiligung von staatlichen Beamten an privaten Aktivitäten im Zusammenhang mit Landkonflikten.

Die Vorwürfe müssen noch von den zuständigen Behörden untersucht werden.

WAS AUF DEM SPIEL STEHT

Der Fall geht über die individuelle Situation der Häuptlingin Miriam

Tembé hinaus. Die Diskussion betrifft:

- den Schutz von Menschenrechtsverteidigern;
- Territoriale Rechte indigener Völker;
- Landkonflikte im Amazonasgebiet;
- Ausweitung der Palmöl-Monokultur;
- Sicherheit traditioneller Führungspersönlichkeiten;
- Verfassungsrechtliche Garantien für indigene Völker.

WICHTIGSTE FORDERUNGEN DER GEMEINSCHAFTEN

Die indigenen, Quilombola- und Flusssufer-Führungskräfte des Acará-Tals fordern:

1. Wirksamen Schutz für bedrohte Führungskräfte;
2. Eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe von Gewalt;
3. Aufklärung etwaiger Missbräuche durch öffentliche oder private Akteure;
4. Gewährleistung des Rechts auf territoriale Verteidigung;
5. Achtung der Autonomie der indigenen Völker;
6. Begleitung der Fälle durch nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen.

KONTAKT FÜR DIE PRESSE

AITVA – Indigene Vereinigung der Tembé aus dem Acará-Tal
Indigenes Gebiet I'ixing – Acará-Tal (PA)

Sprecherin: Häuptlingin Miriam Tembé Nunes (Yuna Miriam Tembé)

Pressestelle: (91) 987226317